

# nachrichten

## Anreize zur Anhebung der Geburtenrate

Mit Kampagnen zur Senkung der Geburtenrate hatte die Regierung Singapurs bereits in den sechziger Jahren versucht, dem hohen Bevölkerungswachstum des Stadtstaats zu begegnen. Und dies durchaus mit einigem Erfolg. Seit Anfang der achtziger Jahre zeigt sich jedoch, dass die Bevölkerungsplaner in ihren Bemühungen etwas zu erfolgreich waren und die Zahl der Geburten mittlerweile weit hinter der für notwendig erachteten Reproduktionsrate von 2,1 Kindern pro Familie zurück bleiben. Seither ist die Regierung verstärkt darum bemüht, neue Anreize für mehr Kinder zu schaffen. Erst im August letzten Jahres schuf die Regierung Goh Chock Tongs eine Reihe vor allem finanzieller Anreize, um der weiterhin rückläufige Geburtenrate im Stadtstaat zu begegnen. Neben einem ›Baby Bonus‹ — staatliche Zuschüsse ab dem zweiten Kind von bis zu 1.500 Singapur-Dollar — pro Jahr — sollen unter anderem die bisher bestehenden Regelungen zum Mutterschafts- und Erziehungsurlaub weiter verbessert werden.

Desweiteren setzt die Regierung auf die Anwerbung vor allem hoch qualifizierter ausländischer Fachkräfte, um nicht zuletzt die auch weiterhin anhaltende Abwanderung einer relativ großen Zahl qualifizierter Fachkräfte aus dem eigenen Land zu kompensieren.

vgl. FEER, 19.10.2000

## Verärgerung über Diätenerhöhung der Regierung

Normalerweise ist öffentliche Kritik Singapurischer Bürger an ihren Politikern — zumal jenen der Regierung — eher selten, doch die jüngsten Diätenerhöhungen haben zu deutlichen Unmutsbekundungen in der Bevölkerung beigetragen. Während die Folgen der Asienkrise in Form von stagnierenden Einkommen und anhaltend hoher Arbeitslosigkeit noch immer weithin zu spüren sind, haben sich Singapurs Volksvertreter soeben eine üppige Erhöhung ihrer Bezüge von durchschnittlich 13 Prozent zukommen lassen. Besondere Brisanz gewinnen diese Diätenerhöhungen vor dem Hintergrund jüngster Meldungen über eine

zunehmende Erweiterung der Einkommensschere in dem Stadtstaat (siehe auch: *südostasien* 3/2000).

Besonders hohe Zuwächse verzeichnen dabei vor allem die höheren Gehaltsklassen mit Erhöhungen bis zu 50 Prozent. Premierminister Goh Chock Tongs Gehalt steigt dabei um 14 Prozent auf nunmehr 1,9 Millionen Singapur-Dollar (umgerechnet 1,1 Millionen US-Dollar); hinzu kommt ein einmaliger ›Bonus‹ von einem Jahresgehalt. Und noch der jüngste Minister seines Kabinetts wird einen Anstieg seiner Bezüge um 12 Prozent auf nicht weniger als 968.000 Singapur-Dollar jährlich verzeichnen

können. Singapurs Volksvertreter gehören damit zu den bestbezahlten weltweit.

Begründet werden die enormen Diätenerhöhungen unter anderem damit, dass nur den Spitzengehältern des Topmanagements multinationaler Konzerne vergleichbare Einkommen es der Regierung ermöglichen, auch zukünftig hochqualifizierte Fachkräfte für höchste Verwaltungs- und Regierungsaufgaben zu gewinnen. Darüber hinaus böten hohe und höchste Gehälter in Politik und Verwaltung beste Gewähr dafür, dass Singapur auch in Zukunft frei von Korruptionsskandalen bleibe.

vgl. FEER, 3.8.2000

## Emigration von Studenten

Neben dem National Computer Board (NBC) ging im Oktober letzten Jahres auch das Economic Development Board (EDB) dazu über, in der Straits Times, Singapurs führender englischsprachiger Tageszeitung, die Namen von Stipendiaten zu veröffentlichen, die nach Ablauf ihrer Auslandsstudien nicht mehr nach Singapur zurückkehren wollen. Dabei hatten sich die Studenten ursprünglich verpflichtet, nicht nur die erhaltenen Stipendien, die sich in Einzelfällen auf bis zu einer halben Million Singapur-Dollar belaufen, zurück zu zahlen, sondern auch in den sie unterstützenden Behörden und Unternehmen — neben dem EDB u.a. die Sembawang Corporation und die DBS Bank — zu arbeiten.

Über die Zahl der nicht nach Singapur zurückkehrenden Stipendiaten liegen bisher keine

verlässlichen Angaben vor. Dass es sich um ein ernst zu nehmendes Problem handelt, wird jedoch nicht nur an den jüngst erfolgten öffentlichen Anpreisungen deutlich, sondern lässt sich schon seit Jahren an entsprechenden Aussagen führender Regierungsvertreter ablesen. Nach einer jüngsten Umfrage könnten sich etwa 20 Prozent der Bevölkerung Singapurs vorstellen, das Land dauerhaft zu verlassen.

Nicht wirtschaftliche, sondern in erster Linie politische Gründe sind es, die den Stadtstaat für eine wachsende Zahl ihrer Bürger unattraktiv erscheinen lässt. Eine Tendenz, der die regierende PAP nun mit Plänen zur politischen Liberalisierung und der Schaffung einer ›Civil Society‹ zu begegnen versucht. Pläne, die allerdings nach Ansicht von Kennern der politischen Land-

schaft Singapurs mit Skepsis gesehen werden müssen. So deuten jüngste Initiativen der Regierung eher auf eine gegenteilige Entwicklung: Das kürzlich erlassene Verbot anonymer Spenden an politische Parteien trifft vor allem die Oppositionsparteien im Land, die aufgrund des politischen Klimas im Stadtstaat kaum mit offener Unterstützung durch die Bevölkerung rechnen können. Gleichzeitig wurde es einheimischen NGOs untersagt, finanzielle Unterstützung für ihre Arbeit aus dem Ausland anzunehmen. Beide Maßnahmen sind nach Einschätzung des Oppositionspolitikers Chee Soon Juan kaum geeignet, die Entwicklung zivilgesellschaftlicher Strukturen in Singapur zu fördern.

vgl. Asian Analysis, 1.7.2000;  
Straits Times, 24.10.2000

## Verfall der politischen Sitten nach dem Tod Lee Kuan Yews?

In einem Interview mit der in Singapur erscheinenden Business Times vertrat der US-amerikanische Politikwissenschaftler Samuel Huntington, bekannt geworden unter anderem durch seine umstrittene These vom ›Clash of Civilizations‹, die Ansicht, dass nach dem Tod des langjährigen Premierministers Lee Kuan Yew auch in dem Stadtstaat die Korruption zunehmen und

ein Verfall der politischen Sitten zu verzeichnen sein werde. Lee, der 1990 vom Amt des Premierministers zurückgetreten war und seither als Senior Minister und Berater der Regierung weiterhin die Fäden in der Hand hält, widersprach dieser Ansicht jedoch vehement. Zwar zeige die Geschichte, dass die Nachfolger ›großer Politiker‹ — Lee sieht sich hier offensichtlich in der Tradition von Politi-

kern wie Nehru, Mao Zedong und Ho Chi Minh — die eingeschlagene politische Entwicklung oftmals nicht weiterzuführen in der Lage seien. Er wies aber gleichzeitig darauf hin, dass er glaube, sein Amtsnachfolger Goh Chock Tong werde in der Lage sein, den von ihm — Lee — vorgegebenen Weg der Entwicklung weiter zu verfolgen.

vgl. Business Times, 22.8.2000